

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Unsere Automobil- und Zulieferindustrie stärken – Den Wirtschaftsstandort Saarland zukunftsfähig machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Automobil- und Zulieferindustrie, einschließlich dem zugehörigen Mittelstand, ist der bedeutendste Wirtschaftszweig im Saarland. Auch aufgrund dieser Branchenkonzentration ist das Saarland wie kein anderes Bundesland von dem notwendigen Umbau von Industrie und industriellem Mittelstand hin zur Klimaneutralität betroffen. Auf diesem Weg haben die wirtschafts- und energiepolitischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre das Saarland überdurchschnittlich getroffen und belastet. Die Deindustrialisierung schlägt gerade hier bei uns voll zu. Produktionsverlagerungen, Standortschließungen und Arbeitsplatzabbau gefährden die industrielle Substanz des Landes.

Schon lange ist klar: Wenn die Transformation von Wirtschaft und Industrie gelingen soll, müssen die Energiekosten runter. Die Strompreise in Deutschland sind um ein Vielfaches höher als in anderen Ländern. Dies behindert und bedroht zunehmend unseren Wirtschaftsstandort. Doch den versprochenen Industriestrompreis hat die Ampel nie angepackt. Immerhin gehen die Sondierungsvereinbarungen von Union und SPD im Bund jetzt in die richtige Richtung.

Eine zentrale Ursache für die Krise der Automobilindustrie ist die ideologisch verengte, einseitige Fixierung auf einzelne, politisch definierte Technologien. Während sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer in der Autoindustrie für Technologieoffenheit plädieren, hat die SPD im Bund und in der EU das Verbrennerverbot durchgesetzt. Das ist Politik gegen die Interessen der saarländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das Verbot des Verbrennungsmotors muss deshalb rückgängig gemacht werden. Es gefährdet die herausragende Stellung des Saarlandes unter den europäischen Automobilstandorten. Dabei sind moderne Verbrennungsmotoren eine deutsche Spitzentechnologie mit Zukunft. Es wäre fahrlässig, diese Technologie sehenden Auges in andere Regionen der Welt abwandern zu lassen.

Wenn dann noch bei der – politisch gewollten – E-Mobilität ein Chaos durch den abrupten Stopp von Förderprogrammen hinzukommt, ist das ein weiteres katastrophales Signal an Automobilhersteller und potenzielle Autokäufer und ursächlich für die große Verunsicherung in diesem Bereich. Unternehmen verdienen belastbare Perspektiven und Planungssicherheit, die nicht durch kurzfristige politische Kurswechsel oder einseitige Regulierungen untergraben wird. Kundinnen und Kunden verdienen Verlässlichkeit, u.a. durch verbindliche Förderprogramme.

Gerade im Autoland Saarland darf das Auto nicht verteufelt werden. Der politische Feldzug der SPD-Alleinregierung gegen das Auto, den beispielsweise die Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz bei der Vorstellung des Klimaschutzgesetzes propagierte, muss gestoppt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Ministerin das Auto zum Feind erklärt, während Tausende Arbeitsplätze im Saarland von der Automobilindustrie abhängen. Wer auf das Auto angewiesen ist, weil er im ländlichen Raum lebt, den will sie mit Verboten gängeln. Dies ist auch deshalb inakzeptabel, da der ÖPNV auch nach 13 Jahren SPD-Verantwortung im saarländischen Verkehrsministerium nicht richtig in die Gänge kommt – weder innerhalb des Saarlandes, noch bei der Anbindung an das übrige Bundesgebiet sowie nach Luxemburg und Frankreich.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen ist die Einhaltung der europäischen CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte derzeit nicht machbar. Die Flottenregulierung wurde im Jahr 2012 u.a. unter Annahmen einer günstigen Energieversorgung und hohen Absatzzahlen in China eingeführt. Spätestens seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Anfang 2022 haben sich diese Grundlagen massiv verändert.

Die mit Nichteinhaltung der CO<sub>2</sub>-Flottenziele in der aktuellen Form einhergehenden Strafzahlungen in Milliardenhöhe bedeuten in der aktuellen Lage eine weitere Überforderung der europäischen Automobilhersteller. Die vor Jahren festgelegten ambitionierten Ziele müssen deshalb auf Grundlage aktueller Erkenntnisse und Erfahrungen der Realität angepasst werden. Erforderlich ist eine Neuausrichtung der CO<sub>2</sub>-Flottenziele mit Geltung bis 2035 sowie kurzfristig eine Abwendung von Strafzahlungen aufgrund der bestehenden Regelungen.

Zugleich müssen auch die Prüfmethode angepasst werden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen dürfen nicht nur am Auspuff eines Autos gemessen werden, sondern es muss für den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck eine Life-Cycle-Analyse geben.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- ein klares Bekenntnis zur Automobil- und Zulieferbranche, einschließlich zugehörigem Mittelstand, und zur Bedeutung der Branche für Arbeitsplätze, Wohlstand und technologischen Fortschritt abzugeben;
- eine entsprechende Überarbeitung des saarländischen Klimaschutzkonzeptes vorzunehmen;
- sich zur Technologieoffenheit und zur Förderung aller klimafreundlichen Antriebstechnologien zu bekennen, anstatt einseitige Verbote zu forcieren;

- die Förderung der E-Mobilität, einschließlich Plug-in-Hybridfahrzeugen, durch gezielte Kaufanreize sowie den konsequenten Ausbau der Ladeinfrastruktur zu unterstützen;
- sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Automobilstandort Deutschland einzusetzen, insbesondere durch eine rasche Senkung der Strompreise;
- weitere, dringend notwendige Entlastungseffekte zu unterstützen, u.a. eine Reduzierung von Bürokratie, schnellere Genehmigungsverfahren und den Abbau regulatorischer Hemmnisse;
- sich für eine Reform der Einkommenssteuer und eine Erhöhung der Pendlerpauschale einzusetzen, um die breite Mittelschicht zu entlasten;
- die Innovationskraft der Autobranche zu sichern und sich für den Ausbau gezielter Förderprogramme für Forschung und Entwicklung von Wasserstoffantrieben, synthetischen Kraftstoffen, Biokraftstoffen und neuen Batterietechnologien einzusetzen;
- sich auf Bundes- und EU-Ebene für faire Wettbewerbsbedingungen einzusetzen, die Standortverlagerungen ins Ausland verhindern und gleiche Voraussetzungen für alle Marktteilnehmer schaffen;
- sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene kurzfristig Strafzahlungen aufgrund der CO<sub>2</sub>-Flottenregulierung abgewendet werden sowie eine Neuausrichtung der CO<sub>2</sub>-Flottenziele mit Geltung bis 2035 erfolgt;
- sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene die fahrzeugseitige Betrachtung der Emissionen eines Fahrzeugs zugunsten einer ganzheitlichen Betrachtung des gesamten Lebenszyklus angepasst wird.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.